

Frieden für Syrien?

Die Gewaltherrschaft Baschar al Assads ist endlich vorbei. Doch was kommt danach? Der Ostkirchen-Experte Dietmar Winkler ist »verhalten optimistisch«, dass das Land nicht auseinanderfällt und auch Christen dort eine Zukunft haben. Auch wenn die Rebellen wohl keine Demokratie errichten werden

Publik-Forum: Herr Winkler, hat Sie der schnelle Zusammenbruch des Assad-Regimes überrascht – oder hatten Sie das Gefühl, das bahnte sich schon länger an?

Dietmar Winkler: Der Umsturz kam für mich völlig überraschend. Rückwirkend sieht man die begünstigenden Faktoren: die Schwäche Irans und der Hisbollah, die Auszehrung Russlands durch den Krieg gegen die Ukraine. Wichtig ist, dass der Umsturz von innen kam. Wir wissen aus der jüngeren Geschichte, dass Umstürze, die von außen initiiert werden, oft in die Katastrophe führen. Das Assad-Regime war marode, das haben die Rebellen erkannt. Es heißt, Assad habe noch versucht, die Gehälter seiner Soldaten zu verdoppeln. Er hatte offenbar nur noch wenig Rückhalt in der Armee.

Trotzdem kann man sich kaum vorstellen, dass Rebellen aus eigener Kraft bis nach Damaskus marschieren können.

Winkler: Sie waren gut informiert und koordiniert. Aber sie trafen auch auf wenig Widerstand. Sie konnten mehr oder weniger bis Damaskus durchfahren, durch Aleppo, Homs und Hama. Man kann daran sehen, dass diktatorische Regime, die nach außen stark wirken, oft überschätzt werden, dass sie keinen Rückhalt mehr haben und nur durch Gewalt an der Macht bleiben. Wenn dann noch die Armee abfällt, bricht das Regime zusammen.



FOTO: MIG PICTURES/ MICHAELA GREIL

Dietmar Winkler ist Professor für Patristik und Kirchengeschichte an der Universität Salzburg. Er ist Experte für orientalisches Christentum und Vorstandsmitglied der Stiftung »Pro Oriente«.

War der Sturz auch eine Folge der Sanktionen?

Winkler: Sanktionen haben sicher eine Rolle gespielt. Nur treffen sie meist nicht das Regime, sondern immer die Bevölkerung. Wirksamer war, dass Israel die sogenannte Achse des Widerstands zerstört hat. Der Iran ist geschwächt, die Hisbollah im Südlibanon ist führungslos und kann keine Truppen mehr nach Syrien schicken. Die restlichen schiitischen Truppen, die seit Jahrzehnten in Syrien sind, müssen jetzt schleunigst abziehen. Interessant wird sein, was mit Russlands Militärbasis am Meer passiert. Es sieht nicht so aus, als ob Russland sie noch lange halten kann. In Moskau scheint man ein neues Narrativ aufzubauen: Man akzeptiere den Willen der Syrer und nehme aus humanitären Gründen Geflüchtete auf. Gemeint ist Assad mit seiner Familie.

Die neuen Machthaber betonen, dass sie Minderheiten achten wollen. Wie ehrlich ist das?

Winkler: Auch die Taliban haben bei ihrer Machtübernahme in Afghanistan Frauenrechte und Minderheitenschutz versprochen – und nichts gehalten. Dennoch bin ich verhalten optimistisch. Bis jetzt haben die Rebellen nicht viel falsch gemacht. Sie haben nicht die Verwaltungsstruktur zerstört, was fatale Auswirkungen gehabt hätte, von der Müllabfuhr bis zum Gesundheitswesen. Der orthodoxe Bischof von Aleppo sagt, die Leute gingen schon wieder auf die Straßen, es herrsche einigermaßen Normalität. Doch man sollte sich keine Illusionen machen. Es wird Abrechnungen und Vergeltung geben. Und es wird auch kein demokratischer Rechtsstaat nach westlichem Vorbild entstehen. Dafür gibt es weder historische Vorbilder noch Anknüpfungspunkte nach Jahrzehnten der Assad-Diktatur. Daher finde ich es grotesk, wenn in Österreich schon gefordert wird, syrische Flüchtlinge jetzt zurückzuschicken. ➤



FOTO: IMAGO / CTK PHOTO / PAVEL MENECEK

Freiheit! Freiheit?
Die Menschen in Aleppo
feiern die Flucht des Diktators
Baschar al Assad nach
Moskau

Diese Forderung gibt es auch in Deutschland

Winkler: Das ist weder gerechtfertigt noch besonders geistreich. Natürlich werden syrische Flüchtlinge aus dem Libanon zurückkehren, wo eine Million Syrer ausharren, oder aus der Türkei, wohin vier Millionen Syrer geflohen sind. Aber in Österreich und in Deutschland sind viele Syrer schon zehn Jahre da. Die haben andere Perspektiven. Viele sind integriert, unsere Staaten haben in deren Ausbildung investiert, sie haben Arbeit.

Die Rebellen haben angekündigt, dass Christen in Aleppo Weihnachten feiern dürfen. Ist das ein Hoffnungszeichen?

Winkler: Ja, sicherlich. Ich hoffe, dass die Dschihadisten, oder wie immer wir sie nennen wollen, von den Kurden im Nordirak lernen. Dort sind Minderheiten wie Drusen, Jesiden und Christen relativ gut geschützt. Das wird von Europa wahrgenommen und hat positive Auswirkungen für die Wirtschaftsbeziehungen und für Investitionen aus dem Ausland. Auch die Rebellen wissen: Wenn das nicht geschieht, werden über kurz oder lang neue Sanktionen folgen. Das hält Syrien nicht mehr aus.



Furchtbare Erinnerungen: Dieses Kloster im überwiegend von Christen bewohnten Ort Maaloula wurde 2016 von al-Nusra-Kämpfern verwüstet

FOTO: PA/PIXSELL/GORAN SAFAREK

Der Westen muss die Kurden schützen

Syrien darf nicht an Erdogans Türkei und die Islamisten fallen. Es gilt, die demokratischen Kräfte zu stärken

Von Kamal Sido

Während viele Menschen in Syrien zu Recht große Freude über das Ende des Assad-Regimes empfinden, blicken vor allem Angehörige von Minderheiten mit Sorge in die Zukunft. Die Sorgen sind berechtigt: Bereits in den ersten Tagen des Angriffs der islamistischen Miliz Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) auf Assads Stellungen griffen andere Islamisten, insbesondere die Kämpfer der Syrischen Nationalarmee (SNA), die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) im Raum Aleppo massiv und von allen Seiten an. Die SDF sind ein Zusammenschluss kurdischer Kampfverbände wie der YPG/YPJ, aber auch arabischer, assyrisch-aramäischer, christlicher oder jesidischer Gruppen, die seit mindestens 2015 gegen den Islamischen Staat (IS) kämpfen. Mindestens 200 000 Kurden wurden durch die Angriffe erneut zur Flucht gezwungen, Familien wurden auseinandergerissen, Kinder verloren ihre Eltern, Frauen wurden verschleppt und erschossen.

All diese Taten gehen nicht auf das Konto der HTS, sondern der SNA. Die SNA

kann man als Söldner Erdogans bezeichnen: Sie werden von der Türkei finanziert und befehligt. Der türkische Machthaber nutzt die aktuelle Situation, um seine Ziele in Nordsyrien zu verfolgen und die Kurden weiter zu vertreiben. Obwohl die kurdischen Verbände YPG/YPJ bereits 2013 mit Unterstützung der USA und der Anti-IS-Koalition gegen den IS kämpften, wurden sie in Nordsyrien alleingelassen. Für die Kurden dort sind die aktuellen Entwicklungen vor allem eine Fortsetzung der türkischen Aggression, die mit der völkerrechtswidrigen Besetzung von Afrin 2018 begann.

Seit der Besetzung Afrins reißen die Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch die Türkei nicht ab. Die christliche Gemeinde, die einst 1200 Mitglieder zählte, existiert nicht mehr. Die letzten Armenier wurden ebenso vertrieben wie die rund 350 000 Kurden. Tausende wurden getötet oder verletzt. Kurdische Schulen und die einzige kurdische Universität in der Geschichte Syriens, kurdische Friedhöfe und Heiligtümer wurden und werden weiterhin zerstört. Die kurdische Bevölkerung in

Afrin schrumpft. Ihr Durchschnittsalter liegt bei über 70 Jahren. Und während sie ausstirbt, gehen kurdische Häuser, Ländereien, Olivenhaine, auch die meiner Familie, in den Besitz der Türkei über.

Wer aus Afrin fliehen konnte, wurde im Norden Aleppos in Zeltlagern untergebracht. In den letzten Tagen wurden sie erneut vertrieben, viele wurden ermordet. Die deutsche Bundesregierung und andere Nato-Regierungen nehmen Rücksicht auf Erdoğan und schweigen zu diesen Angriffen der Türkei. Manche stellen sich sogar auf die Seite des Aggressors. Viele Kurden und Angehörige anderer Volksgruppen werfen der Nato zu Recht Doppelmoral vor. Vor diesem Hintergrund fordern sie die Bundesregierung auf, zwischen den Kurden und der Türkei zu vermitteln. Denn niemand in Syrien und im Nahen Osten braucht noch mehr Gewalt. Die Menschen brauchen Ruhe und Frieden.

Die aktuellen Angriffe auf Kurden wecken alte Erinnerungen. Denn auch Assad und andere syrische Machthaber haben die kurdische Sprache und Kultur immer wieder verboten, kurdische Namen sowie Orts- und Städtenamen arabisiert. 1962

Wie viele Christen gibt es noch in Syrien?

Winkler: Optimistische Schätzungen gehen davon aus, dass von den 1,5 Millionen Christen vor Beginn des Bürgerkriegs noch etwa 500 000 im Land sind. Ich vermute, dass es eher noch 300 000 sind. Die geflohenen Christen konnten im Westen leichter Fuß fassen, weil es dort schon Netzwerke diverser Kirchen gab. Die Frage wird sein, wie viele von ihnen wieder zurückwollen. Für den Wiederaufbau wäre es gut, wenn der Braindrain auch in die andere Richtung fließen würde.

Die Christen in Syrien sind kein monolithischer Block. Welche Kirchen gibt es da?

Winkler: Die meisten Christen gehören zur griechisch-orthodoxen Kirche, zum Patriarchat von Antiochien, das eines der ältesten Patriarchate der Christenheit ist. Der Sitz des Patriarchen ist heute in Damaskus. Daneben gibt es die syrisch-orthodoxen Christen, die man aber nicht als Nationalkirche verstehen darf, ihr Name geht auf eine altchristliche aramäische Tradition zurück. In derselben Tradition stehen die katholischen Chaldäer und Maroniten.

Ferner sind da armenisch-katholische und armenisch-orthodoxe Christen. Die Armenier haben in Aleppo ein Zentrum, weil viele, die 1915 dem Völkermord in der Türkei entkamen, dort eine neue Heimat fanden. Für westliche Ohren klingt das verwirrend. Aber die evangelische Landschaft in Deutschland ist auch vielfältig.

Wie steht es um die innerchristliche Ökumene?

Winkler: In Aleppo gibt es einen sehr guten Austausch unter den Bischöfen. Es gibt konfessionelle Probleme, aber sie sind nicht so scharf. Es ist bezeichnend, dass der griechisch-orthodoxe und der syrisch-orthodoxe Metropolitan gemeinsam auf einer humanitären Mission unterwegs waren, als sie 2013 vom IS entführt und mutmaßlich ermordet wurden.

Welches Kirchenoberhaupt hat im Nahen Osten mehr Autorität: Patriarch Kyrill oder Papst Franziskus?

Winkler: Der russische Patriarch hat nicht mehr viel zu sagen. Papst Franziskus wurde und wird dagegen als ein Sprecher der gesamten Christenheit wahrgenommen. ►

wurden 120 000 Kurden aus dem Nordosten Syriens vertrieben und arabische Siedler in den kurdischen Gebieten angesiedelt.

Das Versprechen der HTS, in Syrien einen »zivilen Staat« errichten zu wollen, wird nicht nur von Kurden mit Skepsis betrachtet – auch demokratisch gesinnte Politiker und sogar arabische Sunniten – die HTS ist eine sunnitische Gruppierung – sind misstrauisch. »Wenn diese Revolution [gemeint ist der Sturz Assads] einen weiteren Rückfall erleidet und ein neues totalitäres Regime hervorbringt, wird Syrien für immer begraben sein«, schreibt der arabische Sunnit Riad Hammoud Darar, ein erbitterter Gegner Assads, zwei Tage nach dem Ende der Assad-Diktatur.

Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, Aleviten, Kurden, Drusen, Assyrer, Aramäer, Chaldäer, Armenier, Christen, Jesiden, Ismaeliten, Schiiten und andere Minderheiten, aber auch die syrischen Frauen vor den radikalen Islamisten zu schützen. Sollten diese in Syrien Fuß fassen, könnte auch Israel zur Zielscheibe werden. Auch die syrischen Islamisten instrumentalisieren den Konflikt mit Israel und hetzen gegen Juden und den Staat Israel. Einen Tag nach der Flucht Assads verkündeten einige Gruppen der HTS vom Hof der Umayyaden-Moschee in Damaskus aus die »Fortsetzung des Heiligen Krieges bis zur Befreiung Jerusalems«.

Wie es in Syrien weitergeht, hängt stark von der Türkei ab. Und davon, wie sich die USA und die Nato positionieren: Setzen sie, wie zu Beginn der syrischen Revolte, allein auf Erdoğan und die Islamisten? Oder auf alle Syrer, Demokraten, säkularen Kräfte, Minderheiten einschließlich der Kurden wie der SDF? Letzteres wäre von enormer Bedeutung, um ein Gegengewicht zu den Islamisten zu bilden. Die SDF und Kurden, die eine Islamisierung verhindern wollen, müssen gestärkt und in alle Entscheidungen über die Zukunft des Landes einbezogen werden. Dies wird Erdoğan jedoch mit allen Mitteln verhindern wollen. Zudem hat die Türkei großen Einfluss auf sunnitische Islamisten wie die HTS und damit auf die weitere Entwicklung in Syrien.

Gibt es Hoffnung auf eine demokratische Zukunft? »Syrien ist in einen Tunnel ohne Licht, ohne Kerzen und mit vielen Unebenheiten eingefahren. Nur Allah kann uns sagen, was uns erwartet.« Diese Worte eines Syrers, der seit zehn Jahren in Deutschland lebt, beschreiben die aktuelle



FOTO: PA/DPA/ZB/BODO SCHACKOW

Wo steht die Nato?

Kamal Sido fürchtet, dass sie den Konflikt mit der Türkei scheut

Situation sehr gut. Am 10. Dezember verkündete Mohammed al-Bashir, der bisherige Regierungschef der HTS-Miliz in der HTS-Hochburg Idlib, eine neue Regierung für Syrien bilden zu wollen. Auf Bildern ist im Hintergrund nicht nur die neue syrische Flagge zu sehen, sondern auch die Flagge der HTS. Ein weißes Tuch mit einem grünen Streifen und der Aufschrift »La ilaha illa Allah, Muhammeden rasuluhu«, auf Deutsch: Es

gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist sein Gesandter. Diese Aufschrift findet sich auch auf den schwarzen Fahnen des IS.

Es muss sichergestellt werden, dass in Syrien keine Islamische Republik oder ein Emirat nach dem Vorbild Afghanistans entsteht. Die Nato und die USA dürfen Erdoğan nicht das Feld überlassen. Noch besteht die Chance, dass sich die vielen Befürchtungen nicht bewahrheiten. ◆

Kamal Sido wurde in der syrisch-kurdischen Region Afrin geboren und ist Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Im Jahr 2016, nach den Giftgasangriffen Assads auf die eigene Bevölkerung und der darauffolgenden Bombardierung durch Amerika, Frankreich und Großbritannien, haben sich die Bischöfe klar auf die Seite Assads gestellt. Könnte das den Christen jetzt zum Verhängnis werden?

Winkler: Das ist sicher problematisch. Aber man darf nicht vergessen, dass die Christen in einer Minderheitensituation sind. In orientalischen Staaten ist es zudem üblich, dass der Herrscher öffentlich gelobt wird, das haben auch Imame gemacht. Die Christen haben von der Stabilität des Assad-Regimes profitiert. 2016 war die Schreckensherrschaft des IS noch sehr präsent. Man wusste, was mit den Jesiden im Irak geschah. Später gab es, soweit ich weiß, keine so eindeutigen Unterstützungsbekundungen mehr. Ich vermute, dass sich das Bedürfnis nach Rache und Vergeltung in erster Linie auf Offiziere und Geheimdienstler beziehen wird, die in den Gefängnissen gefoltert und gemordet haben. Die unvorstellbaren Grausamkeiten des Assad-Regimes, die jetzt ans Licht kommen, haben eine Schockwelle ausgelöst. Die Christen könnten durch ihre Hilfswerke nun eher positiv wahrgenommen werden. Aber all das ist Spekulation.



FOTO: PA/REUTERS/MAHMOUD HASSANO

Historischer Ort: Rebellenführer Abu Mohammed al-Golani in der Ummayyaden-Moschee in Damaskus

Viele Christen flohen vor dem IS in die kurdischen Gebiete. Warum?

Winkler: Die Kurden im Nordirak haben keine religiöse Agenda. Sie wollen einen eigenen Staat, ein autonomes Gebiet. Die Dschihadisten definieren ihre Identität dagegen über den Islam und den Kampf für ein Kalifat. Allerdings hat sich der Anführer der HTS-Rebellen ausdrücklich vom IS losgesagt. Die Frage wird sein, ob Syrien ein islamischer Staat wie etwa Jordanien oder Ägypten oder ein islamistischer Staat werden wird.

Die Türkei will sicherlich keinen Kurdenstaat.

Winkler: Gewiss nicht. Aber sie hat auch kein primäres Interesse an einer territorialen Ausweitung, sondern insbesondere an einem stabilen Nachbarn. Immerhin muss sie vier Millionen syrische Flüchtlinge versorgen.

Und wie sieht es mit dem anderen Nachbarn Israel aus?

Winkler: Der nutzt die Gunst der Stunde. Die Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober hat einen Dominoeffekt ausgelöst, der das genaue Gegenteil dessen erreicht hat, was die Terroristen wollten. Gaza ist zerstört, die Hisbollah und Iran sind geschwächt, Israel versucht, die Pufferzone auf den Golanhöhen zu erweitern.

Wie sehen Sie die israelischen Bombardements in Syrien?

Winkler: Jedes Bombardement ist aus humanitärer Sicht eine Katastrophe. Aber man darf nicht vergessen, dass es in Syrien riesige Waffenlager gibt, die von Iran angelegt wurden, um von dort aus die Hisbollah zu versorgen. Ich verstehe, dass Israel versucht, diese Waffenlager zu sprengen. In Afghanistan gelangten Hunderttausende Waffen auf den Schwarzmarkt, weil die Waffenlager nicht zerstört wurden. Ob Israel aber die Stärke bekommt, die Netanjahu gerne hätte, ist eine andere Frage. Denn nicht durch Krieg, sondern nur durch konstruktive Friedenspolitik lässt sich ein Konflikt auf Dauer lösen.

Wo sehen Sie die größte Konfliktlinie? Eher innerislamisch zwischen den Sunniten und Schiiten oder eher interreligiös zwischen den neuen Machthabern und den Minderheiten der Jesiden, Kurden, Alawiten, Christen?

Winkler: Viel wird davon abhängen, wer eine gute Dialogbasis mit den neuen Machthabern findet. Die Schiiten haben das Problem, dass sie mit Iran verbunden werden, die Alawiten, dass sie als Teil der ehemaligen Machtelite gelten. Die Kurden werden auch noch von der Türkei bedrängt. Man kann nur hoffen, dass die HTS erkennt, dass es nie klug ist, auf Minderheiten loszugehen, wenn man ein Land einen und aufbauen möchte.

Syrien galt lange als das sicherste Land für Christen im Nahen Osten. Haben sie dort noch eine Zukunft?

Winkler: Wir können ihnen helfen und die Gemeinden unterstützen. Entscheidend aber wird sein, ob es gelingt, eine politische Lösung für das Land zu finden. Dann werden die Menschen bleiben.

Interview: Michael Schrom, Matthias Drobinski